

Gesellschaftskonzeption in der DDR verlangten. Diese dogmatische Haltung der politischen Führung der DDR gegenüber der Opposition kam im Ergebnis nur letzterer zugute. Sie konnte sich zahlenmäßig stärken, internationale Beziehungen aufnehmen und sich schließlich mit eigenen Programmen organisieren. Eine differenzierte politische Arbeit mit der "Opposition", Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, verbunden mit der Bereitschaft zu dringend notwendigen gesellschaftspolitischen Korrekturen, zumindest bis Mitte der 80er Jahre, wären sicherlich wirkungsvoller und für die Überwindung von Problemen und Widersprüchen in der DDR nützlich gewesen.

Einerseits gab es die Beschränkung auf administrative Methoden, andererseits *Inkonsequenzen bei tatsächlichen Gesetzesverletzungen* "Oppositioneller". Nicht selten wurden "Oppositionelle", die sich nach geltendem Recht strafbar gemacht hatten, nicht belangt bzw. nach Festnahme auf "zentrale Weisung" aus politischen Gründen wieder auf freien Fuß gesetzt oder nach dem Westen "abgeschoben". Diese Maßnahmen trugen zur Erhöhung der Popularität von "Oppositionellen", zur Entwicklung von Märtyrern bei. Andererseits wurden relativ harmlose Handlungen bei extensiver Ahndung des Strafrechts geahndet. Diese "Rechtspolitik" stieß naturgemäß auf Unverständnis.

In der Zeit des Zusammenbruchs der DDR setzte dann die "Opposition", vorübergehend gestützt auf breite Kreise der Bevölkerung, zunehmend ihren politischen Willen durch und unternahm mit größter Konsequenz alles, um vor allem das MfS restlos zu zerschlagen.

### **In der Partei- und Staatsführung wurde das Problem der Übersiedlungersuchenden im wesentlichen ignoriert**

Konzeptionslosigkeit der Partei- und Staatsführung der DDR gab es gegenüber *Ausreiseersuchenden*.

Perioden konsequenter Ablehnung der Ausreisanträge und Bekämpfung von Gesetzesverletzungen im Zusammenhang mit den Ersuchen waren unterbrochen von Aktionen großzügiger Genehmigungen, die Staus beseitigen sollten, aber tatsächlich nicht zur Reduzierung der wachsenden Zahl der Übersiedlungersuche führten, sondern im Gegenteil im Gefolge der "Sogwirkung" zum Ansteigen dieser Bewegung. Die "Konzeption" der gesellschaftlichen Zurückdrängung, ja sogar einer "gesellschaftlichen Front" gegen Übersiedlungersuchende war realitätsfremd und mußte ergebnislos bleiben, weil nicht die Ursachen, sondern Wirkungen bekämpft werden sollten. In der Partei- und Staatsführung wurde das für die DDR